© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

Veröffentlichungen des Tiroler Landesmuseums Ferdinandeum	78/1998	Innsbruck 1998	209-228

Montgelas und Tirol (1806-1814)

Eberhard Weis

Der Tiroler Aufstand von 1809 war ein Fanal. Er ebenso wie der schon ein Jahr früher ausgebrochene und noch weit blutigere Volkskrieg in Spanien zeigten der Welt, wie freiheitsliebende Bauern und Bürger unter Ausnützung der Gebirgsverhältnisse den modernsten Armeen Europas zunächst eine Niederlage nach der anderen beibringen und die Macht des bis dahin unbesiegten Imperators erschüttern konnten. Zu den Besonderheiten des Kampfes in Tirol gehörte, daß er sich gegen die Herrschaft eines Nachbarlandes richtete, dessen Hauptteil dem deutschsprachigen Tirol nach Sprache, Kultur und Religion verwandt war.[1] Zu den Besonderheiten gehörte ferner, daß die südlichen, italienischsprechenden Teile der alten Grafschaft Tirol sowie das ehemalige Hochstift Trient der bayerischen Herrschaft nicht so feindlich gegenüberstanden wie die deutschsprachigen Gebiete. Der Aufstand wurde überdies stärker von den Bewohnern der Landgemeinden getragen als von denen der Städte.

Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die alten Freiheiten und Sonderrechte der Tiroler zu Konflikten mit jedem modernen Staat hätten führen müssen. Auch mit der habsburgischen Regierung, die die weitgehende Befreiung der Tiroler von Steuern und Abgaben und von Militärdienst außerhalb der eigenen Grenzen meistens respektierte, stießen die Tiroler bereits unter Maria Theresia und Joseph II. zusammen, weil diese Herrscher durch die Verwaltungs- und Justizreformen den Einfluß der Zentralregierung verstärkten, ferner wegen der Etablierung eines von Wien abhängigen Beamtentums und wegen der Religionspolitik Josephs II. Lokal kam es schon damals zu blutigen Unruhen. Seit 1789 drohte in Tirol ein allgemeiner Aufstand loszubrechen ähnlich denen in Belgien und Ungarn, sodaß sich Joseph II. Anfang 1790 veranlaßt sah, die für die Tiroler anstößigsten seiner Reformen zurückzunehmen. Leopold II. und Franz II. kamen den Tirolern noch weiter entgegen; auch sie ließen wie Joseph jedoch die entscheidenden Maßnahmen in Kraft, die bewirkten, daß es keine echte Wiederherstellung der alten Landesfreiheiten gab und daß der Staat alle Tiroler Verfassungsorgane kontrollierte bzw. selbst leitete.

In den Anmerkungen verwendete Abkürzungen von Archivsignaturen:
Bayerisches Hauptstaatsarchiv München:
MA = Ministerium des Äußeren
Ges. Paris = Bayerische Gesandtschaft Paris
MInn = Ministerium des Inneren
StR = Staatsrat
NL Montgelas = Nachlaß Montgelas
Archives du Ministère des Affaires Etrangères, Paris
CPB = Correspondance politique Bavière.

[1] Vgl. die eindrucksvolle Darstellung der Gesamtgeschichte des Landes von Josef Riedmann, Geschichte Tirols, 2. Aufl. Wien u. München 1988 (1. Aufl. 1983). - Auf gewisse historische und kulturelle Unterschiede machte u. a. aufmerksam Heinz Lieberich, Was bedeutete Tirol für Bayern in der Vergangenheit?, in: Bayern, Staat und Kirche, Land und Reich, Wilhelm Winkler zum Gedächtnis, hg. von den staatl. Archiven Bayerns, München (1959), 361-374. Zu der Epoche unmittelbar vor unserem Zeitraum sei hier genannt: Helmut Reinalter, Aufklärung - Absolutismus - Reaktion. Die Geschichte Tirols in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Wien 1974. Zu beiden Epochen u. a.: Fridolin Dörrer, Tirol, der österreichische und der bayerische Zentralismus, in: Arbeitsgemeinschaft Alpenländer, Kommision III, Kultur, Informationsblatt, Bregenz 1983, 84-115.

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

Insofern setzten die Bayern die Reformen Josephs II. und Maria Theresias fort und doch gab es, besonders in psychologischer Hinsicht, grundlegende Unterschiede: Die Habsburger ließen die alten ständischen und lokalen Institutionen pro forma bestehen, entmachteten sie aber tatsächlich, indem sie an ihre Spitze staatliche Beamten stellten, während die Bayern seit 1808 tabula rasa machten und sogar die Erinnerung an das alte Tirol auszulöschen versuchten, indem sie es als „Südbayern" in drei voneinander unabhängige Kreise aufsplitterten, ferner, indem sie die Tiroler durch eine noch radikalere Kirchenpolitik provozierten, als es Joseph II. je getan hatte und indem sie im Zeichen der Gleichbehandlung aller Provinzen versuchten, die jungen Tiroler zum Militärdienst einzuziehen und sich wunderten, wenn diese dann in den Bergen verschwanden, anstatt sich zu stellen. Während Joseph II. solche Versuche schließlich aufgegeben hatte, wiederholten die Bayern dieselben immer wieder, auch noch nach dem Aufstand von 1809. Und nicht zuletzt war es ein gewaltiger Unterschied, ob die althergebrachte Regierung oder eine aufgezwungene Fremdherrschaft den Tirolern unpopuläre Maßnahmen und auch wirtschaftliche und persönliche Opfer aufzwingen wollte. Die Bayern schickten zwar nicht nur schlechte sondern auch fähige und verständnisvolle Beamten nach Tirol,[2] aber insgesamt hatten sie im Gegensatz zu den Habsburgern keine Erfahrung in der Behandlung fremder Völker, und Kaiser Franz konnte die Tiroler auch noch so enttäuschend während des Krieges im Stich lassen, nachdem seine Agenten dieselben aufgewiegelt und vielfach falsch informiert hatten, er war doch der angestammte Herrscher, der es auch persönlich verstand, sich die Sympathien der Tiroler zu erhalten. Mit Resignation nahmen die kriegsmüden Tiroler nach der Wiederangliederung an das Habsburger Reich 1814 nach und nach zur Kenntnis, daß die meisten der durch Bayern eingeführten Reformen in Kraft blieben und die alte Konstitution nur zum Schein wiederhergestellt wurde. So gab es trotz aller Kriege und Umbrüche eine gewisse Kontinuität, mindestens auf dem Gebiet der Verwaltung, von Maria Theresia und Joseph II. über die bayerische Herrschaft bis zur Habsburger Monarchie des Vormärz. Über die Grundzüge dieser Entwicklung ist sich die Geschichtswissenschaft einig.[3] Ich möchte mich in meinem Aufsatz mit einer anderen Frage befassen, nämlich wie der leitende Staatsmann und führende Kopf der damaligen bayerischen Politik, Maximilian Joseph Graf von Montgelas, die Tiroler Angelegenheiten sah. Der aufgeklärte Reformer Montgelas stand im Grunde dem Geist und der Politik Josephs II. nahe. Allerdings hatte er als junger Mann diesen Kaiser, vor allem wegen dessen Bayern-Politik, heftig kritisiert, aber Leopold II. aufs höchste bewundert.[4]

---

[2] Josef Hirn, wie Anm. 3, 71-95; Ferdinand Hirn, wie Anm. 3, 237-242; Rudolf Granichstaedten-Czerva, Die bayerischen Landrichter in Tirol (1806-1814), in: Österr. Familienarchiv 2, 1962, 201-290; Margot Hamm, wie Anm. 3, 175-260.

[3] Dies gilt auch schon für die drei klassischen, noch heute unentbehrlichen Werke über Tirol in der bayerischen Zeit: Josef Hirn, Tirols Erhebung im Jahre 1809, Innsbruck 1909; Ferdinand Hirn, Geschichte Tirols von 1809-1814. Mit einem Ausblick auf die Organisation des Landes und den großen Verfassungskampf, Innsbruck 1913; Hans von Voltelini, Forschungen und Beiträge zur Geschichte des Tiroler Aufstandes im Jahr 1809, Gotha 1909. - Die maßgebende moderne Untersuchung der bayerischen Verwaltung in Tirol ist: Margot Hamm, Die bayerische Integrationspolitik in Tirol 1806-1814, München 1996. Dort auch die zahlreichen älteren und neueren Spezialarbeiten angegeben. - Bei der Phil. Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften der Universität München wurde Ende 1997 eine Habilitationsschrift von Reinhard Stauber eingereicht mit dem Titel „'Auf der Grenzscheide des Südens und des Nordens'. Administrative Integration, Herrschaftswechsel und kulturelle Grenzen im Südalpenraum 1750 - 1820". Diese Arbeit betrifft im Schwerpunkt ebenfalls das nördliche und das südliche, besonders auch das italienischsprachige, Tirol. Sie wurde für diesen Aufsatz noch nicht verwertet.

[4] Montgelas (1759-1838), Sohn eines aus Savoyen stammenden bayerischen Generals und Diplomaten und einer aus dem

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

Was noch bis zum Sommer 1805 nicht voraussehbar war und von seiten der bayerischen Regierung auch nicht angestrebt worden war, das passierte als Folge des Feldzuges und der Verhandlungen der Monate Oktober bis Dezember 1805: Vorarlberg, die Grafschaft Tirol, die früheren, 1803 von Österreich mediatisierten Fürstbistümer Trient und Brixen sowie die südlich des Trentino liegenden Gebiete der „welschen Confinen" um Rovereto und den Gardasee fielen Bayern sozusagen in den Schoß. Zunächst war Tirol für Erzherzog Ferdinand, den früheren Großherzog von Toscana, bestimmt, der dafür sein Kurfürstentum Salzburg an seinen Bruder, den Kaiser, abtreten sollte. Napoleon besann sich dann jedoch eines anderen: Er versetzte Erzherzog Ferdinand von Salzburg in das seit 1803 bayerische ehemalige Hochstift Würzburg. Tirol, das wichtigste Durchgangsland zwischen Deutschland und dem neuen Königreich Italien, erschien ihm in bayerischer Hand sicherer als in habsburgischer. Auch dachten er und Außenminister Talleyrand möglicherweise daran, hierdurch Bayern und Österreich für immer zu entzweien und Bayern ständig vom französischen Schutz abhängig zu machen. Daß Napoleon, als er Tirol zunächst nur sehr unverbindlich und zögernd Bayern in Aussicht stellte, darin auch ein Druckmittel sah, um die Zustimmung Max Josephs zur Vermählung seiner Tochter Auguste mit Eugen Beauharnais zu erreichen, ist wahrscheinlich.[5] Napoleon wollte Bayern zunächst nur das deutschsprachige Tirol zugestehen, was Montgelas durch seinen Gesandten Gravenreuth als inakzeptabel ablehnen ließ. Der bayerische Minister war sich, wie seine Denkwürdigkeiten zeigen,[6] im klaren darüber, daß Tirol trotz hoher Bevölkerungszahl und einiger Gewerbe für seinen Territorialherrn keinen beträchtlichen wirtschaftlichen Gewinn abwarf. War doch das deutsche Tirol auch für den Kaiser gewissermaßen ein Zuschußbetrieb gewesen angesichts der Privilegien und der Verfassung der Grafschaft. Montgelas verlangte mindestens auch das italienischsprachige Gebiet wegen seines Reichtums, „wo Salinen und Bergbau den Mangel an direkten Steuern ersetzten" und wo man Einkünfte aus dem Transithandel ziehen könnte.[7] Selbst nachdem Napoleon dies genehmigt hatte, wog Montgelas noch weiter ab: Mainfranken, das ehemalige Hochstift Würzburg, war die fruchtbarste Landschaft des neuen Bayern. Die Tatsache, daß Bayern soeben auch Ansbach erhielt, schuf die seit langem angestrebte Landbrücke zu Bamberg und Würzburg.

---

hochstiftisch-freisingischen Adel stammenden Mutter, war in München geboren. Nach dem frühen Tod seiner Eltern wurde er vor allem in Nancy erzogen, studierte in Straßburg und Ingolstadt. Als jüngerer bayerischer Beamter fiel er bei Kurfürst Karl Theodor wegen seiner Mitgliedschaft im Illuminatenorden in Ungnade, trat deswegen 1786 in den Dienst des Herzogs Karl II. von Zweibrücken über, wo er 1793 als angeblicher Jakobiner erneut die meisten seiner Funktionen verlor. Seit 1796 war er Berater des damals landlosen Herzogs Max Joseph von Zweibrücken, der 1799 Kurfürst von Bayern wurde. Montgelas war 1799-1817 Außen-, daneben 1806-1817 Innen- und 1803-06 sowie seit 1809 auch Finanzminister. Unter den bedeutenden Staatsmännern der deutschen Reformzeit ist er eher mit Hardenberg als mit Stein zu vergleichen. Lit.: Eberhard Weis, Montgelas. Erster Band. Zwischen Revolution und Reform, 1759-1799, 2. Aufl. München 1988, Bd. 2 in Vorbereitung; E. Weis, Die Begründung des modernen bayer. Staates unter König Max I. (1799-1825), in: M. Spindler (Hg.), Handbuch der bayer. Geschichte Bd. IV/1, München 1974, 3-86, Neubearbeitung hiervon abgeschlossen, erscheint voraussichtl. 1998; E. Weis, Art. „Montgelas" in Neue Deutsche Biographie (NDB) Bd. 18, 1996; Walter Demel, Der bayer. Staatsabsolutismus 1806/08-1817. Staats- und gesellschaftspolitische Motivationen und Hintergründe der Reformära in der ersten Phase des Königreichs Bayern, München 1983; Maria Schimke (Bearbeiterin), Regierungsakten des Kurfürstentums und Königreichs Bayern 1799-1815 (Quellen zu den Reformen in den Rheinbundstaaten Bd. 4), München 1996.

[5] Marcel Dunan, Napoléon et l'Allemagne. Le système continental et les débuts du Royaume de Bavière 1806-1810, Paris 1942, 67; M. Hamm (wie Anm. 3), 90.

[6] Denkwürdigkeiten des bayer. Staatsministers Maximilian Grafen von Montgelas (1799-1817), übersetzt von Max Frhr. v. Freyberg-Eisenberg, hg. von Ludwig Grafen von Montgelas, Stuttgart 1887, 121, 119.

[7] Ebd. 121 f.

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

Kurfürst/König Max Joseph zog persönlich eindeutig den Besitz Frankens dem Tirols vor. Die Franken hatten sich inzwischen, wenn auch schwer, an die Militärkonskription gewöhnt; daß dies in Tirol schwieriger würde, war Montgelas bereits damals klar. Außerdem besaß Franken im Gegensatz zu Tirol keine Landstände,[8] wenngleich Montgelas im Maingebiet damals noch mit dem zähen Widerstand der Kleinfürsten, Reichsritter und der Geistlichkeit zu kämpfen hatte.

Den Ausschlag dafür, daß Bayern sich den napoleonischen Vorschlag, zu eigen machte, gaben folgende Überlegungen: Bayern würde gegen 250.000 fränkische 530.000 tirolische Untertanen eintauschen. Durch den Besitz dieses Gebiets bis zum Gardasee würde Bayern geographisch und strategisch stark an Gewicht gewinnen. Ferner: Ein habsburgisches Tirol hätte weiterhin eine Bedrohung für Bayern, nicht zuletzt für dessen Hauptstadt, dargestellt. Die miltärischen Aktionen aus Tirol heraus in den Kriegen von 1701 und 1741 waren noch in deutlicher Erinnerung. Andererseits war Montgelas der Meinung, die Tiroler Bevölkerung stehe der bayerischen „durch Naturanlagen und Sitten" näher als die fränkische, die damals keine sonderlichen Sympathien für Bayern wahrnehmen ließ. Auch hätten die Tiroler einen großen Teil ihres Getreides aus Bayern bezogen und ihre Weine dort abgesetzt.[9] Vor allem waren es aber die machtpolitischen und strategischen Überlegungen, die das Übergewicht hatten: Ein habsburgisches Tirol hätte zusammen mit Böhmen und Salzburg weiterhin eine halbe Einkreisung Bayerns bedeutet. Mit Tirol aber stieg Bayern zur bedeutendsten Mittelmacht Süddeutschlands auf. Vielleicht hoffte Montgelas auch schon damals, bei Gelegenheit das nun an Erzherzog Ferdinand abzutretende Mainfranken zusätzlich zurückzubekommen.

Mit der Möglichkeit eines bewaffneten Widerstands in der neuen Südprovinz rechnete Montgelas damals noch keineswegs, und auch die meisten Tiroler schienen anfangs bereit zu sein, sich mit dem neuen Landesherrn zu arrangieren. Aus seiner Beurteilung der Tiroler Miliz, die Montgelas später in der Rückschau niedergeschrieben hat, spricht noch immer etwas das Unverständnis des Aufklärers und Etatisten: Über diese tirolische Miliz schrieb er spöttisch, daß sie „mitunter durch Tapferkeit, häufiger noch durch Insubordination und Verachtung der Gesetze und üblichen Formen sich hervorthat; so dass sie ihren eigenen Anführern wie den Behörden des Landes fast gefährlicher als dem Feind wurde".[10] Da die Tiroler Jäger den französischen Truppen bei ihrem Vordringen 1796/97 und 1799/1800 empfindliche Verluste beigebracht hatten, hätten die Franzosen sie überschätzt. Die Leichtigkeit, mit der Marschall Ney Tirol 1805 besetzt hatte, hätten das Ansehen der Tiroler Milizen jedoch wieder schwinden lassen.[11] Montgelas unterschätzte hier nicht nur die großen militärischen Leistungen der Tiroler Schützen 1796/97; er wußte auch offenbar nicht, daß die Miliz 1805 nur deswegen nicht gegen die Franzosen aufgeboten worden war, weil Erzherzog Johann dies verhindert hatte.[12]

---

[8] Über das Für und Wider in Montgelas' Augen auch: Karl Möckl, Der moderne bayerische Staat. Eine Verfassungsgeschichte vom Aufgeklärten Absolutismus bis zum Ende der Reformepoche, München 1979, 60 ff.; Hamm (wie Anm. 3), 88 ff.; Rudolfine Freiin von Oer, Der Friede von Preßburg, Münster 1965, 196.

[9] Denkwürdigkeiten (wie Anm. 6), 121.

[10] Ebd. 120.

[11] Ebd.

[12] Hierzu J. Riedmann (wie Anm. 1), 166-169.

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

Als die Tiroler zur Kenntnis nehmen mußten, daß ihr Land an Bayern abgetreten worden war, überreichte eine Abordnung dem künftigen König Max Joseph eine Vorstellung der Tiroler Stände vom 11.1.1806.[13] In ihr wandten sie sich vertrauensvoll an den neuen Landesherrn und dankten ihm für seine erklärte Bereitschaft, der Grafschaft Tirol weiterhin Steuernachlaß und die Beibehaltung der Landesverfassung, wie sie diese unter dem Kaiser genossen hätten, zuzusichern. Diese Vorstellung wurde durch ein sehr wohlwollendes Reskript Max Josephs vom 14.1.1806 beantwortet, in dem er seine früheren Zusicherungen bestätigte.[14] Wie schon in einer vorangegangenen Korrespondenz der Tiroler mit Kaiser Franz, zeigt sich hier, daß den Tirolern im damaligen Zeitpunkt wohl noch wichtiger als die Zugehörigkeit zu den österreichischen Erblanden die Beibehaltung ihrer Ständeverfassung, ihrer anderen Privilegien und der ungeteilte gemeinsame Fortbestand ihres Gebiets war.[15]
Doch bereits im offiziellen bayerischen Besitzergreifungspatent vom 22.1.1806 wurde die Verfassung Tirols schon nicht mehr erwähnt, im Gegenteil der Grundsatz der Gleichbehandlung mit den anderen Untertanen des Königs betont. In der gleichzeitigen Instruktion für den bayerischen Hofkommissär für Tirol, Carl Graf Arco, vom 22.1.1806 wird gesagt, „vor der Hand" solle im Inneren des Landes nichts abgeändert werden. Arco solle Situationen vermeiden, in denen von Tirolern etwa ausdrückliche Bestätigungen von Verfassung und Privilegien verlangt werden könnten. Der König wolle alle bindenden Versicherungen vermeiden, „bis man alle Verhältnisse vollständig und gründlich übersehen kann".[16] Dies war die übliche vorsichtig-abwartende Taktik von Montgelas. Arco wurde in der gleichen Instruktion befohlen, alles zu vermeiden, „was Beschwerden erzeugen, als Eingriff in des Landes Privilegien und Verfassung erscheinen könnte". Jegliches Eigentum solle „vorläufig unberührt" bleiben, „in geistlichen Sachen ist keine Änderung vorzunehmen ..., selbst religiöse Vorurteile sollen bis zu künftiger besserer Volksbelehrung geduldet werden ..."[17] Der Entwurf ist von Zentner,[18] sozusagen dem Chef-Juristen der damaligen bayerischen Regierung, abgezeichnet und verfaßt. Montgelas und Zentner schlugen hier ein vergleichbares Verfahren ein wie zu Beginn der Regierung Max Josephs 1799 gegenüber den bayerischen Klöstern. Damals ließen sie Kurfürst Max Joseph dem bereits unter dessen Vorgänger Karl Theodor von teilweiser Enteignung bedrohten Prälatenstand versichern, der Kurfürst werde die bisherigen Rechte der Klöster und deren Eigentum schützen, während alsbald innerhalb der Regierung Maßnahmen zur Aufhebung aller Mendikantenklöster und noch vor dem Reichsdeputationshauptschluß von 1803 auch diejenige der bisher rechtlich geschützten ständischen Klöster und Stifte vorbereitet wurden.[19]

Der wichtigste Beamte, den Bayern nach Tirol entsandte, Carl Graf Arco, war eine schillernde Persönlichkeit; gegenüber der ihm anvertrauten Provinz bewies er aber Einfühlungsvermögen und guten Willen. Er entstammte einer der führenden Familien Bayerns, die ursprünglich aus Arco nördlich des Gardasees kam und auch dort begütert blieb. Sein Vater Ignaz war Sprecher der bayerischen Landschaftsverordnung (Ständevertretung) und damit ein Gegenspieler Kurfürst Karl Theodors. Auch Carl

[13] Gedruckt bei Dietmar Stutzer, Andreas Hofer und die Bayern in Tirol, Rosenheim 1983, 12 ff.
[14] Ebd. 14 f.
[15] Hamm (wie Anm. 3), 89-91.
[16] Ebd. 91 f.
[17] Hamm (wie Anm. 3), 92, nach MA 39390.
[18] Ebd. Das Schr. ist in MA 39390 von Zentner abgezeichnet. Über ihn: Franz Dobmann, Georg Friedrich Freiherr von Zentner als bayer. Staatsmann in den Jahren 1799-1821, Kallmünz 1962.
[19] E. Weis, Die Säkularisation der bayer. Klöster 1802/03. Neue Forschungen zu Vorgeschichte und Ergebnissen, München 1983 (Bayer. Akademie d. Wissenschaften, Philos.-histor. Klasse, SB 1983 H. 6).

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

Arco war dies auf andere Weise: Er wurde von Karl Theodor 1797 aus München entfernt und als Diplomat nach London geschickt, weil er ein Liebesverhältnis mit der 21-jährigen Kurfürstin, der Habsburgerin Maria Leopoldine, hatte, das deren Gemahl, dem 72-jährigen Kurfürsten, nicht gefiel.[20] Montgelas heiratete 1803 eine Schwester Carl Arcos. Durch die Aufklärung geformt wie sein Minister, war Carl Arco, der in Bayern verschiedene Staatsstellungen innehatte, doch später ein Kritiker seines Schwagers. Während seiner zweijährigen Tätigkeit in Innsbruck setzte sich Arco in der Regel für die Belange Tirols ein und warb bei der hierfür nicht sehr aufgeschlossenen Münchner Regierung um Verständnis für dessen Interessen und Besonderheiten. In Innsbruck wie später in München nach seiner Berufung in das Innenministerium und den Staatsrat trat er übrigens öfters als Verteidiger von Adelsprivilegien hervor. In kirchlicher Hinsicht dagegen vertrat er die aufklärerische Linie von Montgelas.[21]

In der Zeit, als Arco Generallandeskommissar für Tirol war, 1806 bis 1808, ging Bayern im ganzen noch verhältnismäßig behutsam in Tirol vor. Ähnlich, wie es Maria Theresia und Joseph II. getan hatten, ließ man die schon vorhandenen Institutionen weiter bestehen, ordnete sie aber der neuen Spitze, dem Generallandeskommissariat, unter. Unter diesem stand weiterhin das alte Gubernium, das die Anordnungen der neuen Verwaltung an die Mittel- und Unterbehörden weiterzuleiten hatte. Das Land wurde noch als Ganzes, als eine Einheit behandelt. Grundlegende Umgestaltungen von Verwaltung, Justiz, Finanzwesen, Besteuerung, Gemeindeverfassung, Militärdienst und Kirchenpolitik hatte erst die bayerische Konstitution von 1808 zur Folge.

Für die Reformpolitik des Ministers Montgelas stellte der Erlaß einer Konstitution mit den sie ergänzenden Organischen Edikten von 1808/10 den Höhepunkt dar. Diese Konstitution war erst nach dem Ende des alten Reiches, das die einzelstaatlichen Ständeverfassungen rechtlich geschützt hatte, möglich. Bayern war mit seinen mehr als 200 neuerworbenen Territorien, großen und kleinen, weltlichen und ehemals geistlichen Fürstentümern, Reichsstädten und reichsritterschaftlichen Herrschaften, unbedingt auf Integration durch eine einheitliche Verfassung und Gesetzgebung angewiesen. Oberster Grundsatz der Reformen war die rechtliche Gleichbehandlung der einzelnen Bürger wie auch der Provinzen. Dies war in der Tat ein großes und ein notwendiges Werk, das auf unterschiedlichen Wegen auch die Reformer Preußens, Württembergs, Badens und anderer deutscher Staaten versuchten und das dieser Epoche der deutschen Geschichte trotz der Kriege ihren positiven Charakter und ihre Nachwirkungen verlieh.

Aber eine Konstitution für Gesamt-Bayern setzte die Beseitigung der Landstände überall dort voraus, wo es solche noch gab. Von den Provinzen des neuen Bayern hatten ständische Verfassungen nur noch Altbayern, Neuburg und Tirol. Im Gegensatz zu den meisten deutschen Gebieten besaß die Tiroler Verfassung für die Bewohner dieses Landes noch eine große, vor allem symbolische Bedeutung. Zwar war seit 1790 kein Gesamtlandtag (offener Landtag) mehr zusammengetreten; auch war die Teilnahme der Bauern als Vierter Stand, die es außer in Tirol nur in einigen anderen Alpenländern gab, für die einzelnen Bauern damals noch von geringer praktischer, aber von hoher psychologischer Bedeutung.[22] Und für die höheren Stände sicherte die Ständeverfassung alte Rechte und Privilegien.

---

[20] Sylvia Krauss-Meyl, Das „enfant terrible" des Königshauses. Maria Leopoldine, Bayerns letzte Kurfürstin (1776-1848), Regensburg 1997, 67. 1804 heiratete Maria Leopoldine einen Bruder Carl Arcos, Ludwig.

[21] Hamm (wie Anm. 3), 95; 111; 292 ff.; Demel (wie Anm. 4).

[22] Hamm (wie Anm. 3), 135, mit der älteren Lit.

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

In einer Sitzung der Geheimen Staatskonferenz vom 8.6.1807[23] erklärte Montgelas, es sei nun an der Zeit, daß der König die Grundsatzentscheidung treffe, ob es künftig eine Landes-Repräsentation geben solle oder nicht und ob diese nach Provinzen getrennt oder für das gesamte Königreich vereint gebildet werden solle. Als Argumente für die Notwendigkeit einer neuen Repräsentation für den Gesamtstaat führte der Minister an: 1) Man könne nicht davon ausgehen, daß das Land in Zukunft immer so gute Herrscher haben werde, wie es der gegenwärtige König sei, daher benötigten die Untertanen Sicherheit. 2) Die Monarchie sei gegenwärtig auch aus mehreren neuen Provinzen zusammengesetzt. Und da nennt Montgelas als einzige die Provinz „Tyroll", die eine vorzügliche Aufmerksamkeit verdiene wegen der Schlußfolgerung, „die vielleicht aus dem Preßburger Frieden auf die Garantie ihrer Verfassung gezogen werden könte und wegen der Einmischung, die das Haus Österreich noch immer in den Tyrollischen Angelegenheiten spüren läßt". Der Minister fürchtete offensichtlich, daß Österreich unter Hinweis auf Art. 8 des Friedens von Preßburg[24] gegenüber Napoleon darauf bestehen könnte, daß Tirol dieselben Rechte und Freiheiten wie unter den Habsburgern behalten müsse. Das Bedenken war nicht unbegründet; tatsächlich ließ Kaiser Franz diese Möglichkeit prüfen.[25]

Der von Montgelas auf die Beantwortung der gestellten Frage bereits vorbereitete König Max I. entschied sofort in der gleichen Sitzung, daß es in Zukunft eine Repräsentation des Landes, vereint für das gesamte Königreich, geben sollte, und zwar nach anderen Grundsätzen als früher zur Zeit der Landstände. Bereits am 20. Januar 1808 genehmigte der König in einer Sitzung der Geheimen Staatskonferenz den Antrag Montgelas' auf Schaffung einer bayerischen Konstitution Gleichzeitig wehrte sich Bayern gegen Napoleons Drängen auf die Erstellung eines Fundamentalstatuts für den Rheinbund und damit Umwandlung des Rheinbunds in einen Bundesstaat.[26] In der Tat gelang es Bayern und Württemberg, diesen Plan des Imperators zu durchkreuzen; der Rheinbund blieb ein reines Militärbündnis.[27] In der gleichen Sitzung vom 20. Januar 1808 genehmigte der König gemäß dem Antrag Montgelas', für Bayern eine von der Frage eines Rheinbundstatuts ganz unabhängige Konstitution zu schaffen, ohne vorheriges Benehmen mit dem französischen Außenministerium, aber unter Berücksichtigung der von Napoleon geäußerten Wünsche nach Beseitigung der Adelsprivilegien und der Privilegien der Provinzen und nach Einführung des Code

[23] StR 7, jetzt die hier einschlägigen Teile gedruckt bei M. Schimke (wie Anm. 4), Nr. 3.

[24] von Oer (wie Anm. 8), 274. - Der fragliche letzte Satz von Art. 8 des Friedensvertrages von Preßburg lautete (etwas gekürzt): „Les principautés ... et territoires susdits seront possédés respectivement par Leurs Majestés les Rois de Bavière ..., soit en suzeraineté, soit en toute propriété et souveraineté de la même manière, aux mêmes titres, droits et prérogatives que les possédaient Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche ou les princes de sa maison, et non autrement".

[25] Daß dieser Gedanke tatsächlich Kaiser Franz beschäftigte und daß er von den Österreichern in Tirol propagandistisch verwertet wurde: J. Hirn (wie Anm. 3), 255 f.; Dörrer (wie Anm. 2), 100. Hans von Voltelini, Die Klausel „non autrement" des Preßburger Friedens, MIÖG 32 (1911), 113-164, wies entgegen der in Österreich damals verbreiteten Auffassung nach, daß man aus diesem Passus nicht den Schluß ziehen könne, daß Bayern Tirol dieselbe Verfassung und dieselben Institutionen belassen mußte, die unter österreichischer Herrschaft in Kraft gewesen waren.

[26] StR 8; Schimke (wie Anm. 4), Nr. 3.

[27] Hierzu Michael Doeberl, Rheinbundverfassung und bayerische Konstitution, SB der Bayer. Akademie der Wissenschaften 1924; Eberhard Weis, Napoleon und der Rheinbund, in: E. Weis, Deutschland und Frankreich um 1800, München 1990, 186-217 (erstmals 1979).

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

Napoléon.[28] Nach Montgelas' Antrag sollte die Konstitution gewährleisten, daß das Königreich Bayern „künftig mit allen seinen Provinzen nur einen Staats-Körper ausmachen darf". Napoleon hatte gegenüber König Max und Montgelas bei einem Treffen in Mailand im November 1807 seine Pläne zum Ausbau des Rheinbundes deutlich gemacht. Montgelas wollte auf jeden Fall Einmischungen des Imperators in Bayerns innere Angelegenheiten zuvorkommen, andererseits dessen Grundsätze nach Beseitigung der Privilegien von Personen und Provinzen und Vereinheitlichung von Verwaltung und Recht durch die Konstitution verankern, da sie ja auch zu den wichtigsten Grundsätzen von Montgelas' eigenen Reformen gehörten. Daher war Eile geboten. Der von Montgelas persönlich unter Verwendung von Elementen der Verfassung des Königreichs Westfalen erarbeitete Entwurf der bayerischen Konstitution erhielt am 1.5.1808 Gesetzeskraft.[29] Damit wurden alle besonderen Verfassungen und landschaftlichen Korporationen der einzelnen Provinzen aufgehoben, eine Nationalrepräsentation für das Königreich, einheitliches Recht, einheitliche Verwaltung und ein einheitliches Steuersystem angekündigt.[30] Die dann folgenden Organischen Edikte enthielten ergänzende Richtlinien und Ausführungsbestimmungen, die sich in den Einzelheiten öfters änderten.[31]

Die nun einsetzende Reform- und Umgestaltungswelle war in Bayern durch eine Gesetzgebungstätigkeit seit 1799 vorbereitet worden. Tirol, das ohnehin ganz andere historische Strukturen und Einrichtungen besaß, wurde hiervon fast unvorbereitet getroffen. Ein ganzes Bündel von Neuerungen verunsicherte und ärgerte die Tiroler, auch diejenigen, die bisher zur Zusammenarbeit mit Bayern bereit waren. Die Aufteilung Tirols und der beiden früheren Hochstifte Brixen und Trient in drei nach geographischen Kriterien gebildete und nach Flüssen - Inn, Eisack und Etsch - bezeichnete „Kreise" nach französischem Vorbild, das Verschwinden des Begriffs „Tirol", sein Ersatz durch die amtliche Bezeichnung „Südbayern" waren hierfür symptomatisch. Die bayerische Konstitution von 1808 konnte die althergebrachte tirolische Verfassung in den Augen der Bewohner in keiner Weise ersetzen. Abgesehen davon, daß das hierfür vorgesehene zentrale Repräsentativorgan für das ganze Land niemals einberufen worden ist, hätte es auch den Tirolern keine Verbesserung gebracht. Die Abgeordneten sollten nach der Konstitution von 1808 nicht mehr als Ständevertreter, aber auch nicht als frei gewählte Volksvertreter, sondern unter den Reichsten bestimmt werden. In jedem Kreis sollten von den Wahlmännern aus den 200 Landeigentümern, Kaufleuten oder Fabrikanten, die die höchste Grundsteuer zahlen, sieben Mitglieder als Deputierte der Reichs-Versammlung gewählt werden (Titel vier § I). Bei der alten Tiroler Ständevertretung war nicht nach Besitz und Reichtum gefragt worden, wenn es galt, einen Repräsentanten zu wählen.

---

[28] Die Einführung des Code Napoléon, der u. a. mit dem System der Grundherrschaft nicht vereinbar war, wurde von Bayern wie von Württemberg abgelehnt. Auch zwei Anläufe zur Schaffung eines neuen Zivilgesetzbuches unter Verarbeitung von Elementen des Code Napoléon, der erste von Anselm Feuerbach 1808/10, der zweite unter maßgeblichem Einfluß von Nikolaus Thaddäus Gönner, 1811 und 1815, scheiterten. Montgelas hatte seit 1808 gemerkt, daß Napoleon das Interesse an der Einführung seines Gesetzbuches in Bayern verloren hatte. Der Imperator war zu stark mit Außenpolitik und Kriegen beschäftigt; es gibt auch Anzeichen dafür, daß er letztlich überhaupt die Dynastien zumindest der deutschen Mittelstaaten beseitigen wollte. Dann hätte er ohnehin freie Hand gehabt. - Zum zweiten Entwurf eines Zivilgesetzbuchs: Walter Demel, Werner Schubert, Der Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für das Königreich Bayern von 1811, Ebelsbach 1986.

[29] Peter Wegelin, Die bayerische Konstitution von 1808, Bern 1958 (Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte Bd. 16) (Text und Kommentar); Text auch bei Schimke (wie Anm. 4), Nr. 7.

[30] Diese Grundsätze werden bereits eingangs in § II formuliert.

[31] Die wichtigeren Organischen Edikte in den einzelnen Sachkapiteln von Schimke. Dort auch die gedruckten Sammlungen der bayer. Gesetze und Verordnungen angegeben.

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

Die Neuerungen, die Bayern auf den Gebieten von Verfassung, Verwaltung, Justiz, Gemeinde- und Stiftungswesen, Besteuerung, Personalpolitik und ganz besonders Konskriptionen und Kirchenpolitik mit Säkularisationen einführte, vor dem Aufstand von 1809 in radikalerer, danach in gemäßigterer Weise, sind sehr gut erforscht und dargestellt worden.[32] Es wird heute anerkannt, daß die bayerische Verwaltung teilweise auch Vorteile für die Tiroler gebracht hat.[33] Wie zuletzt Margot Hamm aufgrund genauer Durcharbeitung der bayerischen Verwaltungsakten zeigte, nahm Montgelas gemäß dem von ihm errichteten zentralistischen System von allen wichtigen Berichten Kenntnis und traf viele Entscheidungen selbst. Teilweise neigte er zur Vorsicht, besonders gegenüber dem Tiroler Adel,[34] in den meisten Fällen aber war er dafür, das Prinzip der Gleichbehandlung der Provinzen unnachsichtig durchzusetzen.[35]
Nach dem Krieg und dem Tiroler Aufstand von 1809 war natürlich nichts mehr wie vorher. In seiner Außen- und Territorialpolitik trug Montgelas dem voll Rechnung.[36] In bezug auf Tirol aber wurde er erst durch harte Kritik von außen und neue Tatsachen allmählich zu einem wenigstens partiellen Umdenken veranlaßt.

Noch lang nach dem Frieden von Schönbrunn (14. Oktober) und nach der offiziellen Beendigung der Tiroler Erhebung belagerten im November und Dezember 1809 Aufständische die Stadt Brixen, die nur gehalten werden konnte, weil 3000 Franzosen sie verteidigten und die Angreifer ständig mit Artillerie beschossen. Die Verbindungsstraßen zwischen Brixen und Bozen, später auch zwischen Sterzing und Brixen, sowie die Straße nach Lienz waren noch im Dezember durch Insurgenten gesperrt.[37] Es war eine peinliche Lage: Bayern war von der Hilfe der französischen Truppen abhängig. Deren Generale aber hatten ihre eigenen Weisungen, die Bayern nicht angenehm sein konnten. Offenbar plante Napoleon zunächst, einen freiwilligen Anschluß ganz Tirols an das Königreich Italien, eventuell auch an die zum Grand Empire selbst gehörenden Illyrischen Provinzen, zu fördern. Im November 1809 mußten diejenigen bayerischen Beamten, die an ihrem früheren Dienstort verblieben waren oder ihn wieder erreichen konnten, feststellen, daß die französischen Generale sie an der Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit hinderten, ja sie völlig entmachteten. Dies war in den Augen der Öffentlichkeit des Landes umso leichter, als manche der bayerischen Beamten, sogar im Süden, sogleich, so als ob nichts gewesen wäre, sich daran machen wollten, rückständige Steuern einzutreiben und dabei noch die Hilfe der französischen Truppen anforderten. Im Gebiet von Bozen aus südwärts setzten die Franzosen selbst neue Verwaltungsorgane ein, die zum Teil aus österreichfreundlichen Kräften gebildet wurden. Den bayerischen Beamten wurde dort jede Amtshandlung und ganz besonders die Versendung von Geld nach dem Norden verboten. Diese Maßnahmen waren insgeheim durch Anweisungen des Vizekönigs von Italien und Oberbefehlshabers Eugen Beauharnais gedeckt, der sich seinerseits bei Napoleon absicherte. Doch auch in

---

[32] Vgl. oben Anm. 3.

[33] Außer den in Anm. 3 genannten Werken z. B. bei Anton Bundsmann, Die Entwicklung der politischen Verwaltung in Tirol und Vorarlberg seit Maria Theresia bis 1918, Dornbirn 1961; Fridolin Dörrer, Die bayerischen Verwaltungssprengel in Tirol 1806-1814, Tiroler Heimat 22, 1958, 83-132; derselbe, Tirol, der österreichische und der bayerische Zentralismus (wie Anm. 2).

[34] Z. B. Hamm (wie Anm. 3), 110 (1806); 154, 155 und 168 (1809); 225 (1811); 292 (1808); 299 (1811); 333 f. (1810).

[35] Z. B. Hamm (wie Anm. 3), 116 (1807); 117 (1811); 228 (1806); 309 und 338 (1813).

[36] Diese Aktivität u. a. dokumentiert in MA 136.

[37] Berichte von bayer. Beamten aus Tirol in MA 7411/1 und 7411/2. Berichte Montgelas' an den König in MA 136, 31.12.1809 und 12.1.1810.

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

Nordtirol hatte eine Zeitlang der dortige französische Befehlshaber General Drouet d'Erlon die ganze Macht an sich gezogen und übte sogar über die Zeitungen eine Art von Zensur aus. Es bedurfte einer Reihe von Berichten nach München, bis Montgelas den Ernst der Situation verstand und den bayerischen Beamten nicht mehr bürokratische Anweisungen gab, als ob sich nichts verändert hätte. Die französischen Generäle erklärten den bayerischen Beamten, Bayern hätte bei der Bekämpfung des Aufstands vollkommen versagt und sei verhaßt. Deswegen dürfe die bayerische Administration auch im Norden nicht zu früh wieder in Aktion treten. Allmählich ließen sie auch erkennen, daß Bayern das italienischsprechende Gebiet, aber auch ein Teil des deutschsprachigen einschließlich der Gegend um Bozen, entzogen und zum Königreich Italien geschlagen werden würde. Selbst für Nordtirol blieb längere Zeit unsicher, ob es bei Bayern bleiben würde, obwohl deutlich wurde, daß die dortigen Städte das Verbleiben bei diesem Staat gegenüber der Zuteilung an Italien oder Frankreich noch bei weitem für das kleinere Übel hielten.[38]

Montgelas selbst mußte auch von wichtigerer Seite als von den französischen Generälen bald Unfreundliches hören. Am 27.12.1809 richtete der bayerische Gesandte in Paris, Freiherr von Cetto, gemäß den Instruktionen von Montgelas eine Note an Außenminister Champagny, Herzog von Cadore, in der er den bayerischen Standpunkt darlegte.[39] Cetto forderte darin für Bayern alle von Österreich abgetretenen Gebiete östlich des Inn, also Salzburg, Berchtesgaden, das Innviertel, ferner die Fürstentümer Regensburg und Bayreuth. Darüber war bereits mit Napoleon gesprochen worden. Cetto erklärte, Bayern sei zu Abtretungen an Württemberg bereit, die aber möglichst gering sein sollten, ferner zur Abtretung eines noch zu bestimmenden Distrikts des italienischen Tirol.
Größere Abtretungen im südlichen Tirol, von denen Außenminister Champagny gesprochen habe, so Cetto, wären für Bayern, das in den vergangenen Kriegen weit mehr Opfer gebracht habe als alle anderen Rheinbundstaaten, unerträglich. Das italienischsprachige Tirol sei „la seule partie productive de toute la province et la plus peuplée". Auch sei es diejenige, die Bayern stets treu und zugetan war.[40] Ohne diese Provinz sei das deutsche Tirol „nur eine Last für jede Regierung, die es zu verwalten hätte". Außerdem bat Cetto für Bayern um den Kreis Villach, obwohl man wußte, daß Napoleon diesen Wunsch bereits bei seinem Besuch in München nach dem Feldzug abgelehnt hatte, weil er Villach zu den Illyrischen Provinzen schlagen

[38] F. Hirn (wie Anm. 3), 18-58.

[39] Cetto war aufgrund eines langen Vortrages von Montgelas in der Geheimen Staatskonferenz vom 5.12.1809 instruiert worden. MA 136. Hierzu auch Daniela Neri, Anton Freiherr von Cetto (1756-1847). Ein bayer. Diplomat der napoleon. Zeit, Sigmaringen 1993, 291 ff.

[40] In der Tat kommt die Hochschätzung des italienischen Südtirol einschließlich des Trentino auch in den internen bayerischen Schriftwechseln immer wieder zum Ausdruck. Z. B. in MA 7411/1 und 7411/2. In einem Bericht des wichtigen bayer. Finanzpolitikers Franz v. Krenner von einer Besichtigungsreise, Vicenza 29.5.1806, schreibt dieser, wobei er sich auf den damaligen Kreishauptmann in Trient, Johann Graf v. Welsberg stützt, die frühere Administrationsverfassung von Trient sei die elendeste, „und doch ist Trient, so viel die Domänen betrifft, die erste und mächtigste aller tyrollischen acquisitionen" (Nachl. Montgelas Nr. 100). In einem Bericht Joseph v. Hörmanns an Montgelas vom 11.1.1810 heißt es „Bayern verliert durch die Abtretung des Etschkreises einen der schönsten und fruchtbarsten Theile, vielleicht den schönsten des Königreiches" (MA 7411/2). In MA 7411/1 und 7411/2 befinden sich noch von November und Dezember 1809 italienische Schreiben, in denen der Magistrat von Trient dem König von Bayern seine Ergebenheit ausdrückt und Max in dem gleichen freundschaftlichen Ton auf Italienisch antwortet. Der Magistrat will drei seiner hervorragendsten Mitbürger, die Grafen Manci und Crivelli und Herrn Moser, zur Huldigung an König Max nach München senden (MA 7411/1). Die Sendung scheint wegen der Absperrung und dann Abtrennung des Südens nicht mehr zustandegekommen zu sein.

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

wollte. Zur Begründung der Bitte um Villach wurden die uralten Beziehungen zwischen Bamberg und einem Teil Kärntens bemüht.

Als Antwort kam die erste kalte Dusche. Unter dem 3.1.1810 teilte Champagny dem Gesandten mit, der Kaiser habe Cettos Note mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Bezüglich Tirols wolle der Kaiser nicht in der Vergangenheit forschen, sondern an die Zukunft denken. Er frage sich jedoch, ob der Besitz Tirols nicht ein Unglück für Bayern bedeute. Bayern könne diese Provinz zwar unterwerfen und unterworfen halten, aber nicht für sich gewinnen. Bei jeder Gelegenheit könne ein neuer Aufstand ausbrechen. Der Kaiser sähe nur zwei Mittel, um Tirol wieder zu dem zu machen, was es sein sollte: 1) dem Lande die Institutionen zurückzugeben, die es zufrieden machen, 2) das Land zu teilen, um seinen Bestandteilen das Gefühl ihrer Stärke zu nehmen, das sie zum Widerstand ermutigt. Dies liege nicht nur im Interesse der Sicherheit Bayerns, sondern auch des Königreichs Italien. Im Auftrag Napoleons stellte der Außenminister die Frage, mit welcher Verfassung Bayern künftig Tirol regieren wolle.[41]

Hierauf antwortete Cetto am 6.1.1810 u. a., der Aufstand der Tiroler sei nicht durch die Fehler der bayerischen Verwaltung verursacht worden. Er verweist auf die intensive Bearbeitung der Tiroler durch Agenten des Landes, dem sie sich seit Jahrhunderten zugehörig fühlten und auf die Tatsache, daß die meisten Gemeinden des von Truppen entblößten Landes nur unter Zwang und aus Furcht vor der angedrohten Verwüstung sich vorübergehend dem Aufstand angeschlossen hätten. Im übrigen - hier trifft er einen schwachen Punkt der französischen Argumentation - entspräche ja die bayerische Verfassung ganz denen des französischen Kaiserreiches und des Königreichs Italien mit Garantie des Eigentums, der Gewissensfreiheit und gleichen Rechten und Pflichten aller Untertanen. In der Tat habe sich vor dem Kriegsausbruch in Tirol Widerstand nur gegen die Konskriptionen gezeigt. Der König von Bayern werde jetzt eine allgemeine Amnestie erlassen und habe eine Kommission eingesetzt, die die Ursachen der Unruhen erforschen solle. Bayern habe im Frieden von Preßburg Tirol erworben gegen die Abtretung des Fürstentums Würzburg, das reicher, leichter regierbar und für Konskriptionen günstiger sei als Tirol. Sollte eine Abtretung des italienischen Tirol, des wertvollsten Bestandteils des ganzen Landes, nötig sein, so müsse Bayern mindestens Würzburg zurückfordern.

Cetto hatte diese Note ohne Konsultation seines Minister, aber wohl nach Gesprächen mit dem schon in Paris weilenden König Max abgefaßt. In einem eigenhändigen Begleitschreiben an Montgelas, das er der Abschrift dieser Note beifügte, macht er seinem Minister und Freund

[41] MA 136. Dieser Schriftwechsel befindet sich auch in MA 2089 und in Gesandtschaft Paris Nr. 1468. Napoleon war bestärkt worden in seiner geringen Meinung von der bayerischen Verwaltung in Tirol und von der bayerischen Konstitution durch einen Bericht des französischen Gesandten in München Otto, der sonst meistens sehr positiv über Montgelas und dessen Maßnahmen berichtet hatte. Otto hatte am 18.10.1809 ein geradezu vernichtendes Urteil über die Fehler Bayerns in Tirol abgegeben. Darin heißt es u. a. (übersetzt): „Die Kunst, eine Nation zu regieren, ihre Gewohnheiten und selbst ihre Vorurteile zu berücksichtigen, unmerklich ihre Meinung zu steuern und sie allmählich für die Zusammenarbeit mit der Regierung zu gewinnen - diese Kunst steckt hier noch in den Kinderschuhen". Tatsächlich hat sich Bayern in Tirol vor dem Aufstand und während desselben kaum bemüht, seinen Standpunkt der Öffentlichkeit publizistisch näher zu bringen. U. a. kritisiert Otto an den bayerischen Maßnahmen: „Der Adel hat seine Rechte verloren, ohne daß das Volk daraus irgendeinen Nutzen hat. Es bezahlt heute an einen weit entfernten Souverain das, was es früher seinem Grundherrn entrichtete, der dafür den Leuten half, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. An die Stelle der städtischen Magistrate sind heute staatliche Kommissare getreten, die nur fordern, die Ständeverfassung ist durch nichts ersetzt worden ..." CPB vol. 185 (1809).

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

zunächst heftige Vorwürfe, daß er nicht seinem König nach Paris gefolgt sei, wie dieser erwartet habe, sondern sich noch immer in München aufhalte.[42] Seine Depesche (an Champagny) zeige, wie nötig er eigentlich Montgelas' Rat gebraucht hätte. „Ich weiß nichts über Tirol", fährt Cetto fort, „wenn nicht das, daß dieses Land für uns ein schlimmer Besitz und eine Last geworden ist. Aber auf den besten Teil davon zu verzichten für nichts, das wäre schwer zu begreifen und wäre fatal für unser Ansehen. Ich weiß nicht, ob wir stark genug sind, es unterworfen zu halten und noch weniger, wie wir es regieren wollen". König Max meine, Bayerns Kräfte reichten nicht aus, um das Land militärisch zu beherrschen. Tatsache sei auch, daß Napoleon und die Italiener Bayern den Süden Tirols seit langem abnehmen wollten. Der Tiroler Aufstand gebe ihnen dazu einen billigen Vorwand. Cetto betont, er bemühe sich trotz des französischen Drucks, jeder bindenden Äußerung aus dem Wege zu gehen, bis Montgelas da sei. Seine Privatmeinung sei aber, Bayern solle unter Verzicht auf seine strengen Regierungsgrundsätze den Vorurteilen und dem individuellen Interesse der Menschen Zugeständnisse machen und besonders versuchen, einflußreiche tirolische Persönlichkeiten für sich zu gewinnen.

Doch Cettos oben zitierte Note an Champagny vom 6.1.1810 scheint Napoleon in Zorn versetzt zu haben. In einem Schreiben, das seinen Unmut zeigt, wies er seinen Außenminister an, die Ausführungen Cettos hart zu beantworten.[43] Dies tat Champagny am 10. Januar auf eine diplomatischere Weise.[44] Cettos Note, so heißt es dort, habe den Kaiser in keiner Weise zufriedenstellen und über den besprochenen Gegenstand beruhigen können. „Die gegenwärtige Verfassung Tirols mag das Lob verdienen, das Sie ihr erteilen, wenn man sie nur auf eine sehr abstrakte Art betrachtet. Aber Seine Majestät (der Kaiser) weiß nur zu gut, daß man die Völker nicht mit Abstraktionen und Exposés von Prinzipien regiert. Er kann daher in diese Konstitution nicht das Vertrauen setzen, das Sie ihr entgegenzubringen scheinen. Er hält es für falsch, die Ursache des Übels (nämlich die Verfassung) als dessen Heilmittel zu betrachten. Wie gut diese Verfassung immer sein mag für andere Zeiten und andere Orte, ihre Anwendung auf Tirol ist verdammt worden durch ein Urteil, gegen das es keine Berufung gibt, nämlich die Erfahrung." Es wäre nötig gewesen, die Tiroler, die ohne ihren Wunsch und ihr Zutun von ihrer seit Jahrhunderten angestammten Herrschaft getrennt worden waren, allmählich zu beruhigen und zu gewinnen. Aber „die gegenwärtige Verfassung ist auf den völligen Umsturz ihrer (der Tiroler) alten Einrichtungen aufgebaut, von denen man nicht die geringste Spur bestehen ließ". Dies sei eine Provokation gewesen, die in Kontrast zu der toleranten Behandlung durch das Haus Österreich gestanden habe, gegen das die Tiroler sich ebenso erhoben haben würden, wenn dieses ihnen die gegenwärtige Verfassung hätte aufzwingen wollen. Es wäre daher eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, wollte man sich einreden, man könnte mit dieser Konstitution die Tiroler zurückgewinnen. Dies hieße, sich jedes Mittels zu berauben, die Ruhe im Lande wieder herzustellen.

Champagny fügte noch hinzu, der Kaiser mische sich nur sehr ungern in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein, aber seine Pflichten als Protektor des Rheinbunds, König von Italien sowie Freund und Verbündeter des Königs von Bayern zwängen ihn dazu. Bayern müsse also in

[42] MA 2089 (Zitate hier übersetzt).
[43] Napoleon an Champagny, 9.1.1810. Correspondance de Napoléon Bd. 20, S. 121.
[44] MA 136 (Zitate hier übersetzt).

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

Tirol eine völlig andere, den Bewohnern genehme Verfassung einführen und die Institutionen wieder herstellen, wie sie unter den Österreichern bestanden hätten. Er empfiehlt auch, wie die Österreicher dies getan hätten, einen Prinzen der regierenden Dynastie im Lande wohnen zu lassen. Bayern solle rasch handeln, ohne sich in theoretische Diskussionen zu verlieren, sonst sei alles zwecklos; Tirol würde sich erneut erheben.

Diese Note machte Cetto vorsichtig. Hier war das Regierungssystem seines Ministers Montgelas und dessen Konstitution von 1808 angegriffen worden, unbeschadet der Tatsache, daß sich diese Verfassung stark an den Vorbildern Frankreichs und seiner Satellitenstaaten orientierte. Aber man durfte den Imperator nicht zu sehr reizen, denn Bayerns Gebietsentschädigungen und die erhofften Neuerwerbungen standen auf dem Spiel. Im Einvernehmen mit dem in Paris befindlichen König Max steckte Cetto in seiner Antwort zurück,[45] kündigte bereits an, sein König beabsichtige nunmehr, den Tirolern alle jene alten Institutionen wiederzugeben, die sie wünschten. Der König von Bayern wolle den Kronprinzen so etablieren, daß er den Tirolern nahe sei und dazu beitragen könne, allen Interessen dieser Provinz Rechnung zu tragen. Gleichzeitig wolle er aber auch, wie es Champagny gleichfalls angeregt hatte, die Polizei wachsamer gegen Störer der Ordnung machen. Alle Einzelheiten werde Montgelas in einem Bericht seinem König vorschlagen, wenn er in Kürze nach Paris komme.[46] Diese sehr weitgehenden Zusagen des ängstlich gewordenen Königs entsprachen teilweise nicht den Auffassungen von Montgelas, mit dem sie nicht abgesprochen waren.

Hans von Voltelini sah in Napoleons Forderung, Bayern solle die Geltung seiner Verfassung für Tirol widerrufen und diesem Lande eine ganz andere Verfassung geben, „einen feinen diplomatischen Zug" und meinte, dabei sei Champagny (wie wohl auch der Kaiser) von der Voraussetzung ausgegangen, daß Montgelas dies ablehne. Damit hätte Frankreich jeden anderen bayerischen Vorschlag als nicht genügend zurückweisen können.[47] Dies ist durchaus möglich, und auch die Prognose wäre richtig gewesen, wie noch gezeigt werden wird. Montgelas war in der Tat nicht bereit, für Tirol auf die Anwendung der bayerischen Konstitution von 1808 zu verzichten - sieht man einmal von einigen formalen Zugeständnissen ab. Um einen Trick Napoleons, aus diesem Grunde ganz Tirol für sich zu fordern, dürfte es sich indessen kaum mehr gehandelt haben, denn um die Wende 1809/10 hatte sich der Imperator bereits darauf eingestellt und auch dafür ausgesprochen, Nordtirol weiter bei Bayern zu lassen.[48] Napoleons Wünsche zur Tiroler Verfassung sind m. E. auch nicht als reine Taktik zu betrachten. Gewiß ging es ihm nicht primär um das Wohl der Tiroler, sonst hätte er das Land nicht teilen lassen. Aber er wünschte Ruhe in diesem Gebiet, aus dem er, wie er mehrfach den Bayern erklärte, seine Truppen zurückziehen wollte. Der Imperator, der sein Grand Empire zentralistisch regierte, war immerhin auch fähig, als Pragmatiker besonderen lokalen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Dies trifft ebenfalls zu für Frankreich benachbarte und von ihm außenpolitisch abhängige Gebiete, besonders für die Schweiz. Ihr gab Bonaparte 1803 durch die Mediationsakte anstelle des zentralistischen, von Jakobinern beherrschten und nun gescheiterten Minderheitsregimes der Helvetik wieder eine fö-

[45] Ebd.
[46] Cetto an Champagny, 13.1.1810, ebd.
[47] H. von Voltelini, Forschungen und Beiträge (wie Anm. 3), 303.
[48] MA 136 und 2089.

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

deralistische Verfassung, die gleichwohl die wichtigsten gesetzgeberischen Errungenschaften der Helvetik beibehielt.[49]

Wie stellte sich nun Bayerns leitender Minister, der sich bis zu seiner Ankunft in Paris Mitte Januar fernab von diesen Diskusssionen aufgehalten hatte, zu den französischen Forderungen hinsichtlich der Tiroler Verfassung? In einem langen Brief, den er seinem Monarchen noch aus München am 12.1.1810 - er konnte damals noch nicht Champagnys Note vom 10.1. kennen - geschrieben hatte und der den Charakter einer Instruktion besaß, lehnte Montgelas dieselben noch rundweg ab. Die Antwort auf Champagnys Frage, nach welcher Verfassung Bayern Tirol weiter regieren wolle, so schrieb er, sei einfach: Weiter nach der bayerischen Konstitution von 1808, die für die gesamte Monarchie bestimmt sei, mit ihrer Gleichheit der Rechte und Pflichten und mit der religiösen Toleranz. Er wollte auch die von Bayern eingeführte Dreiteilung Tirols mit ihrer Verwaltungs- und Gerichtsorganisation beibehalten. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, so schreibt er, sei die bayerische Armee bei weitem stark genug.

Als Montgelas dann endlich in Paris angekommen war und selbst mit Champagny gesprochen hatte, stellte sich ihm erst voll der Ernst der Lage dar. Er beeilte sich, nun den Wünschen des Imperators, dessen Wohlwollen er für seine übrigen Gebietsverhandlungen so nötig brauchte, nachzukommen, soweit es ihm vertretbar erschien. In einer Note an Champagny vom 27.1.1810 legte Montgelas seinen Plan für die künftige Verwaltung Tirols vor.[50] Dessen Hauptpunkte sind: Die Verwaltungs- und Justizeinteilung der drei Kreise (Montgelas ging natürlich zunächst einmal vom bisherigen Besitzstand einschließlich Welschtirols aus) soll im wesentlichen bleiben. Gewissermaßen als Klammer über den drei Kreisen und als Symbol der Einheit Tirols wird ein Generalgouverneur mit Sitz in Innsbruck bestellt, der in der Regel ein königlicher Prinz ist. Ihm haben die Behörden der drei Kreise Rechnung zu legen. Die Amnestie wird verwirklicht werden, aber zukünftige Aufstandsdelikte werden mit Todesstrafe geahndet. Die Patrimonialgerichtsbarkeit (justices seigneuriales) soll abgeschafft werden, die Fron (corvée) ist bereits für ablösbar erklärt worden dort, wo sie noch existiert.

Doch nun die eigentlich neuralgischen Punkte: Konskriptionen, Kirchenpolitik und Verfassung: Groß wird der Grundsatz verkündet, die militärische Konskription, so wie sie in den anderen Teilen der Monarchie bestehe, werde in Tirol nicht eingeführt. Dennoch müsse aber Tirol als Ganzes die der Menge seiner Bevölkerung entsprechende Zahl von Soldaten stellen. Die Auswahl der Wehrpflichtigen und gleich noch deren Transportkosten zu den geplanten Kasernen oblägen in Zukunft den Gemeinden. Damit wird der Schwarze Peter eigentlich nur an diese weitergereicht.

---

[49] Napoleon soll von den gegen die Helvetik militärisch so erfolgreichen Bauern der Urkantone gesagt haben: „Der gebirgige Teil der Schweiz ist es, der mich interessiert. Die kleinen Kantone allein sind es, die ich achte, die mich und die anderen Mächte hindern, die Schweiz zu vernichten; sie allein machen euch in den Augen Europas interessant ... Die Natur eures Landes hat euch zum Staatenbunde bestimmt; sie zu ändern, kann nicht Sache eines vernünftigen Mannes sein ... Ihr habt niemals besoldete Truppen unterhalten; die Einführung solcher würde eure Stärke vermindern statt sie zu erhöhen ... Neben den Landsgemeinden sind auch die Klöster wieder herzustellen. Die Kapuziner ersetzen den Hirten die große Oper." Zitiert ohne Angabe der Quelle bei Adolf Gasser, Die Nationen und Napoleon. Tradition und Nationalgefühl. In: Wolfgang von Grote (Hg.), Napoleon I. und die Staatenwelt seiner Zeit, Freiburg 1969, 59-84, hier 73.

[50] Die vorhergehende Korrespondenz in MA 136. Die Note Montgelas' an Champagny vom 27.1.1810 befindet sich jedoch weder in dieser Akte noch in MA 2089, also in den einschlägigen Akten des Außenministeriums, noch in denen der bayer. Gesandtschaft Paris (Nr. 1468, für 1810). Voltelini (wie Anm. 3), der sie abdruckt (dort Nr. 92, S. 395-398), hat sie aus dem Pariser Bestand CPB vol. 186 (1810). Ich habe sie auch nur dort gefunden.

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

Allerdings ist zuzugeben, daß Bayern wie auch die anderen Rheinbundstaaten unter starkem Druck Napoleons stand, der für seine zahlreichen Kriege immer neue, in Paris festgelegte Kontingente von Soldaten einforderte.

Die Universität Innsbruck soll bestehen bleiben. Sie und die Landpfarrer werden künftig aus den Fonds der aufgehobenen Klöster unterhalten. Die noch nicht aufgehobenen Klöster werden unter bestimmten Voraussetzungen „bis zu einer geeigneteren Lösung" für die Ausübung des Kults aufrechterhalten. Die Patronatspfarreien werden dem üblichen, von Montgelas auch in Bayern eingeführten Pfarrkonkurs freigegeben: Der Bischof präsentiert dem Staat zur Auswahl jeweils drei Kandidaten.

Hinsichtlich der neuen Tiroler Verfassung bewegt sich Montgelas in formalen Fragen tatsächlich ein wenig; das System bleibt aber dasjenige der Konstitution von 1808, d. h. eigentlich einer Schein-Repräsentation. Während die Konstitution nur unterschied zwischen Gremien auf Kreis- und solchen auf Gesamtstaats-Ebene (Titel 3 § IV bzw. Titel 4 § I bis VII), ist Montgelas hier bereit, für Gesamt-Tirol, also drei Kreise, eine Art Zwischeninstitution aus 36 Mitgliedern (12 je Kreis) zuzulassen. Diese Versammlung tritt jährlich einmal auf Einberufung des Königs zusammen, der auch den Präsidenten ernennt. Sie tagt jeweils zwei Monate. Die Provinzialversammlung befaßt sich mit der Verteilung der direkten Steuern. Sie kann Beschwerden über Beamte sowie Verbesserungsvorschläge vortragen. Der Wahl- oder besser Auswahl-Modus aus den begütertsten Kreisen und die Ernennungsrechte des Königs sind aber dieselben wie in der Konstitution,[51] also Scheinkonstitutionalismus nach napoleonischem Muster. Montgelas legt im übrigen noch kein ausgearbeitetes Projekt hierzu vor, sondern begnügt sich mit allgemeinen Angaben: Die 36 Mitglieder sollen aus dem Stand der Grundbesitzer „et des autres personnes les plus qualifiées et les plus distinguées" genommen werden. Beim ersten Mal werden sie durch den Souverain ernannt. Künftig werden sie durch die Kreisversammlungen gewählt nach der allgemeinen Konstitution des Königreichs.[52]

Montgelas konnte, als er dieses Programm für Napoleon und Champagny aufschrieb, nicht die folgende Entwicklung übersehen noch seine führenden Beamten in München und Innsbruck konsultieren. Die Einteilung in die drei Kreise war schon damals überholt, weil feststand, daß der Etsch- und teilweise der Eisackkreis an Italien abgetreten werden mußten. In Innsbruck residierte in der Tat seit 1810 im Winter Kronprinz Ludwig, im Sommer war sein Wohnsitz Salzburg.[53] Ludwig war Generalgouverneur des Inn- und des Salzachkreises. In beiden Kreisen wie auch in Wien war nicht unbekannt, daß Ludwig ein Gegner Napoleons und der Politik des Ministers Montgelas war. Auch Napoleon bekam gewisse Nachrichten über Ludwigs Einstellung. Nach einer Auseinandersetzung Ludwigs mit Marschall Lefebvre während des Tiroler Aufstands, es ging auch um die Behandlung der Tiroler, sagte Napoleon, bei der Armee könne man einen Prinzen, der sich Befehlen widersetze, genauso erschießen, wie jeden anderen Soldaten. Ludwig verstand sich gut mit dem gleichfalls in

[51] Zur Konstitution vgl. Anm. 29 (Wegelin, Schimke). Ferner Fritz Zimmermann, Bayer. Verfassungsgeschichte vom Ausgang der Landschaft bis zur Verfassungsurkunde von 1818, Bd. I (bis 1808, mehr nicht erschienen), München 1940; Karl Möckl, Der moderne Staat (wie Anm. 8).

[52] Montgelas an Champagny, 27.1.1810, gedr. bei Voltelini (wie Anm. 3), Nr. 92, hier letzter Absatz, über die Provinzialversammlung.

[53] Heinz Gollwitzer, Ludwig I. von Bayern. Eine politische Biographie, München 1986, Nachdr. 1997, 148-161.

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

Innsbruck amtierenden, verhältnismäßig liberalen, auf Ausgleich mit den Tirolern bedachten Generalkommissar Maximilian Freiherrn von Lerchenfeld.[54]

Die meisten anderen Zusagen Montgelas', die gleichwohl schon weit zurückhaltender waren, als diejenigen, die Max I. am 13.1. durch Cetto hatte machen lassen, wurden großenteils bis 1814 nicht verwirklicht. Dies lag zu einem erheblichen Teil auch an der Geldknappheit Bayerns sowie an den Kriegen von 1812 und 1813/14. Die Patrimonialgerichte wurden Ende 1809 suspendiert; ihnen wurden die Justiz- und die Polizeiverwaltung entzogen. Hierin ging Montgelas weiter als im übrigen Bayern. Die Zahl der Landgerichte wurde beträchtlich vermehrt, ihre Sprengel wurden damit kleiner, was eine Erleichterung für die Bevölkerung bedeutete,[55] die später auch von Österreich beibehalten wurde. Die Amnestie wurde verwirklicht, jedoch nicht die von Montgelas wohl aus taktischen Gründen angekündigten strengen Strafen für die Zukunft. Im Gegensatz zu den Franzosen, die zahlreiche Hinrichtungen von Aufständischen während der Kämpfe und danach durchführten - wobei sich ihre Generäle freilich in dieser Frage ganz unterschiedlich verhielten -, exekutierten die Bayern niemanden. Selbst den Führer des Vorarlberger Aufstands, Dr. Anton Schneider, den Württemberg an Bayern ausgeliefert hatte und der auf Napoleons Befehl ebenso wie Andreas Hofer erschossen werden sollte, entließen die Bayern bereits 1810 aus der Haft.[56]

Die militärische Konskription, in die stärker als früher die Gemeinden eingeschaltet wurden, begann erst richtig 1810, weil Napoleons Truppenanforderungen nicht nachließen, und sie führten sogar trotz zahlreicher Desertionen zu zunehmenden Rekrutierungszahlen. Die bayerische Armee, die mit 30.000 Mann 1812 in Rußland fast ganz unterging, soll auch einige tausend Tiroler umfaßt haben.

Die Universität Innsbruck wurde entgegen der Zusage Montgelas' doch 1810 ersatzlos aufgehoben,[57] womit den Deutsch-Tirolern, sofern sie nicht aus wohlhabenden Familien kamen, die Studienmöglichkeiten sehr erschwert wurden. Die nächste bayerische Universität war Landshut.

Die bayerische Regierung nahm keine einzige ihrer religions- und kirchenpolitischen Verordnungen nach 1809 zurück. Doch erkannte sie, daß man dieses Land nicht gewinnen konnte, wenn man mit Bischöfen und Klerus in ständigem Konflikt stand. Man suchte jetzt den Ausgleich und verzichtete auf staatliche Einmischungen in die Gestaltung des Kults und der religiösen Feste. Einige Hardliner unter den bayerischen Beamten, die dies nicht einsehen wollten, wurden versetzt oder zumindest getadelt.[58] Diesen Kurs trug auch Montgelas mit. Als 1811 das Generalkommissariat vorschlug, einige „schädliche Individuen aus dem Priesterstand in Tirol" in andere Kreise des Königreichs zu versetzen, schrieb Montgelas an den Kronprinzen, dieser Antrag sei zwar „wohlgemeint und wohlthätig in der Idee", doch „so bedenklich und schädlich in der Anwendung", daß

---

[54] Lerchenfeld, der auch an der bayer. Verfassung von 1818 mitgearbeitet hatte, war 1817-25 und 1833/34 bayer. Finanzminister. Eine wichtige Quelle, auch für seine Beziehungen zu Ludwig I., ist: Aus den Papieren des k. b. Staatsministers Maximilian Frhr. v. Lerchenfeld, hg. v. Max Frhr. v. Lerchenfeld, Nördlingen 1887.

[55] F. Dörrer (wie Anm. 33); M. Hamm (wie Anm. 3), 160-169.

[56] Karl Heinz Burmeister, Geschichte Vorarlbergs, 2. Aufl. München 1983, 154 ff. - Zur militärischen Konskription: Hamm (wie Anm. 3), 302-311.

[57] Hamm (wie Anm. 3), 173 f.

[58] Hamm (wie Anm. 3), 298-302.

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

er die Genehmigung des Königs nicht wohl erhalten könnte.[59] In Salzburg, das von 1809 bis 1816 zu Bayern gehörte, hob Bayern zwar die Universität, aber keine Klöster auf. Wahrscheinlich war deren Verschonung nicht zuletzt dem Einfluß von Kronprinz Ludwig zuzuschreiben.[60]

Die Repräsentation, die in der Konstitution von 1808 vorgesehen war, wurde nicht realisiert, sodaß die geringen Zugeständnisse, die Montgelas 1810 in Verbindung mit ihr für Tirol vorsah, nie aktuell wurden.

In den meisten, nicht in allen Punkten war, aus der Rückschau betrachtet, die programmatische Note Montgelas' für Champagny vom 27.1.1810, wie Voltelini schrieb, ein „Luftgebilde der verheißendsten Art".[61] Doch gelang es dem Meister der Diplomatie Montgelas, die Franzosen hierdurch zufriedenzustellen und schließlich, nach langen Verhandlungen, die besonders schwierig wegen der seitens Napoleons von Bayern geforderten Abtretungen an Württemberg und das Großherzogtum Würzburg wurden, den im ganzen für Bayern recht günstigen Territorialvertrag mit Frankreich vom 28. Februar 1810 abzuschließen. Da man sich über die Südgrenze Tirols noch nicht einigen konnte, wurde eine gemeinsame Kommission eingesetzt, die das Protokoll der Grenzregulierung am 16.8.1810 verabschiedete. Bayern hatte Bozen nicht für sich retten können; es behielt den Eisackkreis bis südlich von Klausen, ferner Meran, den Vinschgau und einen Teil des Pustertals.

Wie tief ist Montgelas' Erkenntnis gewesen, daß die gewaltsame Durchsetzung seines Regierungssystems in Tirol und das Benehmen eines Teils seiner dortigen Beamten tatsächlich wohl die Hauptursache für die schier unüberwindlichen Schwierigkeiten waren, auf die Bayern bis zum Ende seiner Herrschaft in diesem Lande stieß? Noch während des Aufstands, am 21.5.1809, hatte Kronprinz Ludwig an den bayerischen Finanzminister von Hompesch im Hinblick auf die seiner Ansicht nach falsche Behandlung der Tiroler geschrieben: „Ist Minister Montgelas belehret durch Tirol?"[62] Lehren hat der Minister insofern aus den Ereignissen gezogen, es wurde bereits gesagt, als er aus rein taktischen Gründen die bayerische Kirchenpolitik in ihrer Wirkung entschärfte, ohne jedoch die Grundsätze zu ändern. Das gleiche gilt auch für den Umgang der Verwaltung mit der Bevölkerung. In seinem innenpolitischen Rechenschaftsbericht an den König, „Compte rendu au Roi", den er bald nach seiner 1817 erfolgten Entlassung dem Monarchen zusandte,[63] bemerkt Montgelas im Hinblick auf Tirol: „Vor allem, um die Bewohner dieser Provinz zu beruhigen und weil die Regierung sich überall mit ihrem System durchgesetzt hatte, konnte man ohne Nachteil die Anwendung dieses Sy-

[59] MInn 43905, Montgelas an den Kronprinzen, 6.5.1811, Entwurf. Gelegentlich hatte Montgelas auch schon vor dem Aufstand von 1809 die Maßnahmen übereifriger Beamten abgebremst. So hatte ein von Max Joseph unterzeichnetes Schreiben vom 26.2.1808 an das Generalkommissariat in Innsbruck dieses gewarnt, daß die bayerische Kirchenpolitik in Tirol in „eine Gattung von Inquisition und Verfolgung ausarte, wodurch bey einem religiösen Volke leicht ein gänzliches Mißtrauen gegen die Regierung geweckt werden kann" (zit. nach Hamm (wie Anm. 3), 292). Das Generalkommissariat widersetzte sich damals Montgelas' Anregungen, weil es meinte, Bayern dürfe keine Schwäche zeigen. - Zur bayer. Kirchenpolitik in Tirol bis 1809: Mercedes Blaas, Die „Priesterverfolgung" der bayer. Behörden in Tirol 1806-1809. Der Churer Bischof Karl Rudolf v. Buol-Schauenstein und sein Klerus im Vinschgau, Passeier und Burggrafenamt im Kampf mit den staatlichen Organen, Innsbruck 1986.

[60] Stefan Miedaner, Salzburg unter bayer. Herrschaft. Die Kreishauptstadt und der Salzachkreis von 1810 bis 1816, MGSL 125, 1985, 9-305, hier 195-210.

[61] Voltelini (wie Anm. 3), 304.

[62] H. Gollwitzer (wie Anm. 53), 144.

[63] G. Laubmann, M. Doeberl (Hg.), Denkwürdigkeiten des Grafen Maximilian Joseph v. Montgelas über die innere Staatsverwaltung Bayerns, München 1908. Im Gegensatz zu den außenpolitischen Denkwürdigkeiten des Ministers (Anm. 6) sind die zur inneren Verwaltung im französischen Originaltext veröffentlicht worden. Zur Entstehung: E. Weis, Montgelas (wie Anm. 4), 1988, 151 f. Das Zitat im Text ist übersetzt.

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

stems abmildern. Daher schlug ich Euerer Majestät 1810 in meiner Eigenschaft als Minister des Innern vor, sich in der Ausführung der Grundsätze nachsichtig zu zeigen, ohne indessen eines der bisher bestehenden Gesetze zu widerrufen". Er nennt die Bereiche, in denen man jetzt nachsichtiger wurde: „Man erlaubte einige Wallfahrten, einige Prozessionen und die Aufführung der religiösen Schauspiele" (comédies saintes). Die Gemeinden konnten einige Kirchen, an deren Erhaltung ihnen viel gelegen war, zurückkaufen und auf ihre Kosten unterhalten. Den Erfolg dieser Politik schätzt er hoch, zweifellos zu hoch, ein: „Der günstige Einfluß dieses gemäßigteren Vorgehens wurde sehr schnell spürbar. Tirol wurde solide befriedet, und (auch) die anderen katholischen Provinzen unterwarfen sich nun lieber den vielfachen drückenden Belastungen von dem Augenblick an, wo man sie ihren Bräuchen zurückgab".

An anderer Stelle räumt der Minister auch in der Verwaltung einige Fehler Bayerns ein. Besonders die Teilung der Provinz in drei gesonderte Kreise, „wiewohl durch die Gleichstellung mit den übrigen Bestandtheilen des Königreiches geboten und auch für die Verwaltung förderlich", habe zu einer Schwächung statt einer Stärkung der Regierungstätigkeit geführt, weil die drei Persönlichkeiten, die man an die Spitze dieser Kreise gestellt hatte, zu verschieden gewesen seien, mit unterschiedlichen Methoden vorgingen, z. B. bei den Konskriptionen, und kaum Verbindung untereinander gehabt hätten.[64]

Doch bleibt der Minister bei der festen Überzeugung, daß die Übertragung der bayerischen Konstitution von 1808 und der Organischen Gesetze auf Tirol richtig gewesen sei. Auf eine kritische Frage des Kronprinzen bezüglich der Tiroler Kommunen und Stiftungen, die Montgelas wie die bayerischen verstaatlicht hatte, antwortete der Minister 1811 mit der Übersendung einer Denkschrift über die Bildung der Gemeinden in Tirol. Im Begleitschreiben hierzu an den Kronprinzen führt Montgelas aus, der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Untertanen des Königreichs sei durch die Konstitution zu einem Fundamentalgesetz erhoben worden. Diese Konstitution erkläre aber auch ihn, den Minister, verantwortlich für die genaue Vollziehung der Organischen Gesetze. Für eine Ausnahme zu Gunsten Tirols bestehe nicht nur kein Grund, sondern eine solche Ausnahme würde „von den nachtheiligsten Folgen für die gute Sache und die Ausführung jener gesezlichen Anordnungen in den übrigen Kreisen seyn ..." Man dürfe den Tirolern umso weniger Einrichtungen zum Opfer bringen, die das allgemeine Beste der Gemeinden bezweckten, „als die Erfahrung der jüngsten traurigen Periode gelehrt hat, daß die Gemüther dieses Volkes durch Nachgiebigkeit keineswegs für die Regierung zu gewinnen sind und die neuesten Nachrichten von der k. Gesandtschaft in Wien und aufgefangene Correspondenzen die fortwährend unruhige Stimmung dieser Gebirgsbewohner nur zu deutlich offenbaren". Montgelas fährt fort, er glaube sich schmeicheln zu dürfen, daß der Kronprinz „in Erwägung dieser Gründe die vollkommenste Rechtfertigung meiner Gesinnungen über die Ausführung des organischen Edictes über das Gemeinde Wesen im Innkreis sowie des geäußerten Grundsatzes, die Tiroler mit Gerechtigkeit, jedoch mit Strenge und Konsequenz zu behandeln", wahrnehmen werde.[65]

---

[64] Montgelas, Denkwürdigkeiten, 1887 (wie Anm. 6), 187. In diesen außenpolitischen Denkwürdigkeiten, die wahrscheinlich viel später als die innenpolitischen geschrieben worden sind, räumt Montgelas im Gegensatz zu seinen Schreiben, die sich in den Akten der Zeit 1808-13 befinden, ein, daß es zumindest psychologisch verständlich ist, daß sich die Tiroler gegen die Neuordnung der Verwaltung seit 1808 und gegen die Einführung der bayerischen Konstitution wehrten: Denkwürdigkeiten 1887 (wie Anm. 6), 177 f.

[65] MInn 43905, Brief v. 6.5.1811.

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

Was die Behandlung der Tiroler anbetrifft, so wollte offensichtlich Montgelas hier dem Kronprinzen zwar mit diplomatischer Höflichkeit, aber auch mit warnender Strenge eine Lektion erteilen, sich nicht zu stark für die Tiroler einzusetzen. Max I. und Montgelas hatten bisher den Kronprinzen bewußt von der Politik fern gehalten, da sie (nicht ohne Grund) fürchteten, er werde Bayerns auswärtigen Verbindungen zu Frankreich schaden. Aber nun war der Kronprinz 25 Jahre alt, Generalgouverneur Tirols und Salzburgs sowie Mitglied des Staatsrats. Montgelas konnte ihn nicht mehr einfach ignorieren, sondern versuchte, ihn zu beeinflussen. Daß dies nicht gelang, zeigt Ludwigs wachsender Haß auf den Minister, bei dessen Entlassung im Februar 1817 der Kronprinz die Hauptrolle spielte. In bezug auf den speziellen Gegenstand dieses Briefes, die bayerische Gemeindegesetzgebung, genauer gesagt, die Beseitigung der gemeindlichen Selbstverwaltung und die Verstaatlichung auch der Stiftungen, die ja die Sparkassen des kleinen Mannes waren, ganz besonders auch in Tirol, verteidigte Montgelas auch jetzt, 1811, noch erbittert die Grundsätze dieser Maßnahmen, während bereits die erfahrensten Experten der bayerischen Regierung diese Gemeinde- und Stiftungsgesetzgebung für ganz verfehlt und für dringend reformbedürftig erklärten.[66]

Dieser Brief zeigt auch, so wie viele andere Äußerungen des Ministers aus der Zeit des Aufstands und danach, daß Montgelas immer fürchtete, es könnte entweder der tirolische Brand auf die anderen Provinzen Bayerns überspringen oder, wenn man den Tirolern zu weit entgegenkäme und zu viele Ausnahmen zu ihren Gunsten machte, könnten die Bewohner der anderen bayerischen Kreise die gleichen Vergünstigungen für sich beanspruchen. Hinsichtlich der ersteren Sorge gab es zu denken, daß sich im April und Mai 1809 in schwäbischen Gebieten, z. B. in den Räumen Kempten und Mindelheim, Teile der dortigen ebenfalls „neubayerischen" schwäbischen Bevölkerung mit den eingefallenen Tirolern solidarisierten. Vor allem die Katholiken seien übermütig, berichtete der Generalkommissar des Illerkreises nach München, was dafür spricht, daß diese Unruhen sich besonders gegen bayerische Säkularisationsmaßnahmen richteten.[67] Auch fürchtete man in München Erhebungen in Franken für den Fall, daß Preußen sich auf die Seite Österreichs stellen würde.

Im Mai 1813 war Montgelas der Überzeugung, ein neuer Krieg zwischen Österreich und Frankreich würde unweigerlich zur Erhebung, Tirols, Vorarlbergs, Frankens und weiterer durch Bayern erworbener Gebiete führen.[68] Obwohl er jetzt bereits innerlich, wie der Kronprinz und General Wrede, aber noch lange nicht der König, zu einem Bündnis mit Österreich neigte, beobachtete Montgelas doch bis zum offiziellen Bündniswechsel im Vertrag von Ried (8.10.1813) vorsichtig das Kriegsgeschehen in Mittel- und Norddeutschland. Der Vertrag wurde aus bayerischer Sicht erst möglich, nachdem durch Österreichs Kriegseintritt die Verbündeten das militärische Übergewicht erhalten und auch, nachdem Österreich, Rußland und Preußen dank Metternichs Vermittlung Bayern seinen Besitzstand garantiert hatten. Für Tirol, Vorarlberg, Salzburg und das Innviertel, die an Österreich zurückzugeben waren, wurde Bayern Ersatz zugesagt, was auch eingehalten wurde. Nach dem Tiroler Dezemberaufstand von 1813 bediente sich übrigens Metternich desselben, gewiß nicht unrichti-

[66] Josef A. Weiss, Die Integration der Gemeinden in den modernen bayerischen Staat. Zur Entstehung der kommunalen Selbstverwaltung in Bayern (1799-1818), München 1986, 159-198.

[67] Hamm (wie Anm. 3), 325.

[68] Hamm (wie Anm. 3), 339 f., unter Berufung auf Hans W. Schwarz, Die Vorgeschichte des Vertrages von Ried, München 1933, und auf Michael Doeberl, Bayern und die deutsche Erhebung wider Napoleon I., München 1907 (Abhandlungen der Bayer. Akademie der Wissenschaften III. Kl. Bd. 24).

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck download unter www.biologiezentrum.at

gen, Arguments gegenüber Bayern, wie es die Franzosen 1810 getan hatten: Er sagte, die Bayern hätten sich durch ihre schweren Fehler in der Vergangenheit die Sympathie der Tiroler Bevölkerung verscherzt; sie seien nicht in der Lage, die Ruhe im Lande aufrechtzuerhalten. Selbst Österreich mußte jetzt mit Aufständen der Tiroler rechnen, wenn es noch länger die machtlose bayerische Herrschaft in Tirol tolerierte und sogar stützte. Am 3.6.1814 kam es dann im Frieden von Paris zur endgültigen Abtretung Tirols und Vorarlbergs an Österreich, wofür Bayern Würzburg zurück und das Gebiet um Aschaffenburg erstmalig erhielt.

Und Montgelas? Er fühlte sich jetzt höchst erleichtert, von der gefährlichen und immer explosiven Last Tirol befreit zu sein. Der Ausstieg aus der achtjährigen Tiroler und Vorarlberger Unternehmung wurde Bayern durch den Krieg von 1813/14 und seinen eigenen Frontwechsel von Herbst 1813 zugleich ermöglicht und aufgezwungen. Die bayerische Herrschaft in Tirol war der einzige große und totale Fehlschlag in der achtzehnjährigen, sonst überaus erfolgreichen Regierungszeit des Ministers. An diesem Lande hatte sein innenpolitisches und, wie sich später zeigte, auch sein außenpolitisches „System" - ein Ausdruck, den er oft verwandte - seine Grenzen gefunden. Ganz hat der Rationalist, Staatsabsolutist und Zentralist die Gründe hierfür nie verstanden.

Prof. Dr. Eberhard Weis
Ammerseestr. 102
D - 82131 Gauting

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Veröffentlichungen des Tiroler Landesmuseums Ferdinandeum

Jahr/Year: 1998

Band/Volume: 78

Autor(en)/Author(s): Weis Eberard

Artikel/Article: Montgelas und Tirol (1806-1814). 209-228